Tageblatt für Politik, Unterhaltung, Geschäftsverkehr, Börsenbericht, Fremdenliste.
Bezugsgebühr vierteljährlich M. 2.50, durch die Post M. 2.75. – Annahme von Ankündigungen Marienstr. 38/40 8–3, Sonntags bis 12 Uhr. In Neustadt: gr. Klostergasse 5, nur an Wochentagen bis 5 Uhr. Die 1spaltige Grundzeile (ungefähr 8 Silben) 15 Pfg., für Dienstags oder nach Feiertagen 20 Pfg. Unterm Strich (Eingesandt) Zeile 40 Pfg. Ankündigungen auf der Privatseite Zeile 30 Pfg. Eine Bürgschaft für die nachfolgende Aufnahme der Anzeigen wird nicht gegeben. Auswärtige Ankündigungsaufträge gegen Vorherbezahlung durch Briefmarken oder Postanweisung.
Für Rückgabe eingesandter Schriftstücke keine Verbindlichkeit. Ankündigungen nehmen sämmtliche namhafte Vermittelungsstellen an. Fernsprechstelle Nr. 11.

Dresdner Nachrichten

36. Jahrgang. Aufl. 52,000 Stück.

Dresden, 1891.

Meyer's Joppen von 6 M. an, Schlafröcke von 12 M. an.
Dresdner Schlafrock-Fabrik von **S. Meyer jun.,** Frauenstr. 8 u. 10.

Thüre zu! D. R. Patent.
Vollkommenster, selbstthätiger, geräuschloser **Thürschliesser.** Prospecte gratis und franco. **45,000** Stück im Gebrauch.
Curt Heinsius, Dresden-N., **Tieckstrasse 27** (Fernsprech-Amt II, Nr. 2100).

Costümfabrik Max Jacobi,
Dresden-A., 26 Galeriestrasse 26 (Telephon 339).
Lieferant der grösseren Theater Berlins.
Verleihanstalt aller Arten Costüme vom billigsten bis zum elegantesten Genre, Nationaltrachten aller Art, sowie historische Costüme jeden Zeitalters. Lieferungen für auswärts werden prompt ausgeführt.

Moritz Hartung,
Altmarkt 13 und Hauptstrasse.
Posamenten, seidenes Band, Spitzen, Handarbeits- und alle **Damenschneider-Artikel.**

Med.-Rath Dr. Küchenmeister's Bandwurmmittel
unbedingt sicher wirkend, angenehm zu nehmen, Schachtel 3 M.
Med.-Rath Dr. Küchenmeister's Wurmpulver, angenehm schmeckendes Wurmmittel für Kinder, Schachtel 50 Pfg., empfiehlt die
Salomonis-Apotheke Dresden, Neumarkt 8.

Adolf Bähr Fabrik für Vergolden, Versilbern, Vernickeln und Verkupfern aller Gegenstände. **Deuben b. Dresden.**
Annahmestellen in **Altstadt** bei Herren **Gebr. Eberstein,** Altmarkt, **C. F. A. Richter & Sohn,** Wallstr., und **Otto Beyer,** Kreuzstr., in **Neustadt** bei Herren **Gebr. Giesse,** Neustädt. Markt und **Ernst Grund,** Martin-Lutherstr.

Nr. 43. Spiegel: Neue Anleihe, Tabaksteuervorlage. Hofnachrichten. Sächsische Debatte. Fastnachtsballball. Nachkrankheiten der Influenza. Bewegungen im Ur-Christenthum. Gerichtsverhandlungen. Tagesgeschichte „Welt Ende. Gericht. Neue Welt". **Donnerstag, 12. Februar.**

Politisches.

In einigen Tagen wird nach den deutlichen Auslassungen der Regierung eine neue Reichsanleihe in Verbindung mit einer Anleihe des preußischen Staates auf den Markt gebracht werden. Der Gesammtbetrag der von beiden Staatskörpern geforderten Summen wird ungefähr die Höhe von 450 Millionen Mark erreichen, die etwa zur gleichen Hälfte beiden Contrahenten zufließen sollen. Nach einer anderen Nachricht dürften 250 Millionen auf das Reich, 200 Millionen auf Preußen entfallen. Als Deckungsmittel wird beabsichtigt, 3prozentige Konsols auszugeben. Aus den weiteren positiven Bestimmungen über die Form der neuen Anleihen verdient Folgendes hervorgehoben zu werden: Dieselben sollen zu einem Kurse, der unter 85 Prozent bleibt — etwa zu 84,50 Proz. — ausgegeben werden, so daß sich die Verzinsung derselben über 3½ Proz. stellt. Die Vermittelung der Bankkonsortien ist ausgeschlossen, vielmehr sollen die Anleihen in Stücken bis zu 150 Mk. herab direkt an das Publikum gelangen. Als Zeichenstellen werden u. A. alle Reichsbankstellen und solche Reichsbanknebenstellen fungiren, welche Kassenhaltung haben, so daß also für die Bequemlichkeit des großen Publikums in vollstem Maße Sorge getragen sein dürfte, zumal auch zahlreiche Bankhäuser im Reiche aufgefordert werden, Zeichenstellen zu übernehmen. Für die Einzahlungen sollen 6 Fristen bis über den Oktober hinaus gewährt werden. Die Auslieferung der definitiven Stücke wird erst im März erfolgen, um den Ultimoverkäufen der alten Stücke zwecks Deckung durch die billigeren neuen möglichst vorzubeugen.

So weit das Thatsächliche. Es fragt sich nun einerseits, ob die Form der neuen Anleihe die Erwartung rechtfertigt, daß das Publikum durch Zeichnung derselben in den Besitz eines sicheren und nutzbringenden Anlagepapiers gelangt, andererseits ist die Frage zu beantworten, ob das Unternehmen der Reichsregierung vom politischen Standpunkte aus richtig und aussichtsvoll ist. Beide Fragen greifen naturgemäß in einander, denn je günstiger die Aufnahme der Anleihemaßregel beim Publikum ist, um so werthvoller wird sich dieselbe als Glied der politischen Kette erweisen. Es ist zunächst hocherfreulich, daß jene Ausstellungen, welche bei der vorigen Anleihe Bedenklichkeit erregen mußten, die Knebelung des Staates durch die Hochfinanz und die hierdurch bedingte Auslieferung auf Gnade und Ungnade, in dem vorliegenden Falle vermieden sind. Die Regierung wendet sich vielmehr direkt an das Volk und es bezeigt demselben hierdurch ein Vertrauen, welches dasselbe um so leichter rechtfertigen kann, als in diesem Falle die patriotische Pflichterfüllung nicht nur nicht von Opfern begleitet ist, sondern sogar ganz erhebliche Vortheile verspricht. Denn nimmt man einen Emissionscours von 84.50 an, so ist den Zeichnern ein Zinsgenuß von 3.55 Proz. gesichert, während beispielsweise die 3½prozentigen Preußischen Konsols beim Kurs von 99 ungefähr 3.50 Proz. Zinsen lassen. Es ergiebt sich hieraus, daß die Anlage in 3proz. Rente jetzt vortheilhafter ist, als diejenige in 3½proz. Konsols, eine Annehmlichkeit, die noch dadurch erhöht wird, daß bei der bevorstehenden Anleihe jede Gefahr einer Convertirung ausgeschlossen bleibt. Allerdings werden gewisse Nachtheile, welche mit einem verhältnißmäßig so niedrige Zinsen tragenden Papiere verbunden sind, wie namentlich die Schwankungen des Kurswerthes, sich wieder hervordrängen und es steht wohl zu erwarten, daß die Spekulation anfangs den Versuch machen wird, den Kurs in die Höhe zu schrauben, um später eine Art von Enttäuschung in Scene zu setzen, aber diese Erwägung darf nicht ausschlaggebend sein. Denn der Charakter des Spielpapiers wird wesentlich dadurch aufgehoben, daß die internationalen Börsenmächte durch die Modalitäten der Subskription außer jedem direkten Engagement bleiben. Ueberdies würde jede Erhöhung des Zinsfußes auf 3½ oder 4 Prozent neue größere Schwankungen hervorgerufen haben. Für die Frage, ob das Publikum sich der neuen Anleihe gegenüber vertrauensvoll verhalten darf, käme nun aber noch ein zweites Moment in Betracht: die Kreditfähigkeit der Kontrahenten. Verdient das Reich, verdient Preußen ein derartiges Vertrauen, wie es beide im vorliegenden Falle erneut in Anspruch nehmen? Diese Frage kann nur absolute Nichtswürdigkeit mit Nein beantworten. Für die Anleihen des Reiches sind materiell die Einzelstaaten haftbar, die Macht und Größe desselben sind intakt und die Bemühungen internationaler Spekulanten, unsere Kraft als abgespannt zu bezeichnen, sind Ausflüsse bewußter Täuschung. Die Finanzen des Reiches und Preußens halten den Vergleich mit Frankreich und England vollständig aus, wir besitzen gegenüber den 32 Milliarden der Franzosen nur eine Schuld von 1½ Milliarden, und wenn mit einem Schein des Rechtes behauptet wird, daß der Kapitalreichthum hierzulande dem Reichthum jener Länder nachsteht, so wird sich hoffentlich unser Volk darauf besinnen, daß es noch sehr große Kapitalien im Auslande angelegt hat, welche nach Deutschland zu verpflanzen jetzt eine überaus vortheilhafte Gelegenheit sich darbietet. Hierzu dürfte auch die Rücksicht auf das politische Moment dringend gemahnen. Als die französische Anleihe vor Kurzem ausgeschrieben wurde, fand sie 16malige Ueberzeichnung. Mag man auch wissen, daß dabei einerseits die Freigiebigkeit der Republik in der Austheilung von Provisionen, andererseits eine übertriebene Reklame und der Wunsch, der Welt Sand in die Augen zu streuen, übermäßig mitgewirkt haben, so bleibt doch die Thatsache bestehen, daß dem Kredite unseres Nachbarlandes ein überaus glänzendes Zeugniß ausgestellt wurde, das nirgends seines Eindrucks verfehlte. Das Ausland, namentlich Rußland, hat aber ein lebhaftes Interesse, einen ähnlichen Erfolg der deutschen Anleihe

zu hintertreiben; gelingt ihm sein Vorhaben und erweisen sich die Bestrebungen der internationalen Wühler, Deutschland finanziell im dunkelsten Lichte erscheinen zu lassen, als erfolgreich, so würde damit dem jungen Reiche ein Schlag versetzt, dessen Folgen überaus schmerzlich werden könnten. Es empfiehlt sich daher doppelt, der Regierung bei ihrem Unternehmen thatkräftig beizuspringen, zumal nicht nur das private Kapital, sondern auch stabile Anlagen, wie Kirchengelder, Sparkassen, Stiftungen den Bezug der neuen 3prozentigen Rente auf das Vortheilhafteste ausnutzen können.

Hoffentlich ist es kein Wahrzeichen für die Zukunft, daß sich der deutsche Reichstag wieder einmal beschlußunfähig erwiesen hat. Gewohnheiten sind nicht immer, blos weil sie alt sind, auch schön. Der Gegenstand, welcher auf der Tagesordnung stand, war immerhin von Interesse. Es handelte sich um einen Antrag des konservativen Abgeordneten Menzer, den Zollsatz für unbearbeiteten Tabak von 85 auf 125 Mk. zu erhöhen und die bestehende Tabaksteuer von 45 auf 24 Mk. zu ermäßigen. Die Tendenz des Antrages ist klar: Wie den übrigen landwirthschaftlichen Produzenten soll auch den Tabakbauern die Existenzfähigkeit durch Beschränkung der ausländischen Konkurrenz und durch Erleichterung ihrer Lebensbedingungen erhöht werden. Soweit sich aus den abgebrochenen Verhandlungen ein Schluß ziehen läßt, würde der gegenwärtige Reichstag einer Beschränkung der Einfuhr nicht zustimmen, dagegen eine Herabsetzung der den Produzenten auferlegten Steuern fast bewilligen. Die Reichsregierung dagegen scheint an ihrem in beiden Punkten ablehnenden Standpunkt beharren zu wollen. Die Oeffentlichkeit dürfte in ihrer großen Mehrheit gegen einen höheren Tabakzoll eingenommen sein. Diese Abneigung des großen Publikums hat seine volle Berechtigung. Nicht nur der einzelne Raucher, sondern die ganze Tabakindustrie würde unter der Zollerhöhung leiden. Ueberdies ist der Tabakbau, der bei uns getrieben wird, doch nur ein überaus minimaler Theil der Landwirthschaft. Die Folge eines erhöhten Zolles wäre lediglich eine Erhöhung des Tabakpreises. Der naheliegende Einwand aber, daß das Rauchen, Kauen und Schnupfen kein „Bedürfniß" bildet, sondern nur der Befriedigung eines Luxus dient, ist keineswegs berechtigt. Denn allerdings ist es ein Luxus, wenn sich der Gernegroß aus der Sekunda oder der halbwüchsige Arbeitsbursche den Glimmstengel in's Gesicht steckt und es ist auch ein Luxus, wenn sich der Herr Kommerzienrath nach dem Diner eine 3 Mark-Cigarre aus dem Staniol wickelt, aber das „Pfeifchen des armen Mannes" und die tröstende Prise der bejahrten Jungfrau sind nur dann ein Luxus, wenn man das Kopfkissen als einen solchen bezeichnen und darauf hinweisen will, daß die Minengefangenen von Kara auf bloßem Holz schlafen. Wäre bei uns in ganz Deutschland, wo der Tabakspfeife ne eifrigsten Verehrer gefunden hat, wo die Tabakspfeife und der Tabaksbeutel nicht nur in Hunderten von Studentenliedern seine Verherrlichung fanden, sondern alle Gemüthlichkeit erst beim Tabakrauch für möglich gehalten wird, die Cultur dieser lieblichen Pflanze überall so entwickelt, wie in Baden und im Elsaß, so würde ein intensiver Schutz des Produktes unabweisbar sein — unter den gegebenen Verhältnissen aber wollen wir's mit dem Zoll lieber beim Alten lassen!

Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 11 Februar.

Berlin. Reichstag. Die Berathung des Etats der Zölle und Verbrauchssteuern wird bei der Zuckersteuer fortgesetzt. Die Abstimmung über den zweiten Theil des Tabaksteuerantrags Menzer (Herabsetzung der Tabaksteuer) wird aus „augenfälligen Gründen" (das Haus ist schwach besetzt und offenbar nicht beschlußfähig) ausgesetzt. Die Position „Zucker-, Salz- und Branntweinsteuer, sowie Stempelsteuer" werden debattelos angenommen. Petitionen, betreffend das Wahlgesetz und Veränderungen einiger Zollsätze werden durch Uebergang zur Tagesordnung, Petitionen, betreffend die Rechtsverhältnisse der kaufmännischen Agenten durch Ueberweisung an den Reichskanzler erledigt. — Abg. Hultzsch (kons.) bemerkt dabei, daß angesichts der schwebenden Handelsvertragsverhandlungen der Augenblick zu einer Veränderung nicht geeignet sei. Dazu komme, daß die in der Petition vertretenen Interessen anderen gleichfalls berechtigten Interessen entgegenständen. — Der zweite Theil des Menzer'schen Antrages wird angenommen. — Abg. Dr. Stöcker begründet seinen Antrag gegen das gleichzeitige Wirken von Missionaren verschiedener Confessionen in denselben Bezirken der deutschen Schutzgebiete. In Dar-es-Salaam würden sich die Missionen beider Confessionen Konkurrenz machen, was in Kamerun glücklich vermieden worden wäre. Redner widerspricht dem Wißmann'schen Urtheile über die Wirksamkeit der beiden Missionen. Wißmann habe leider den Anstoß dazu gegeben, daß das Wirken der evangelischen Mission in den Schatten gestellt worden sei. Er begreife nicht, worauf Wißmann sein Urtheil begründe. Es widerspreche der Thatsache und sei umso unverständlicher, als Wißmann selbst evangelisch sei. Die Arbeit werde von der evangelischen Mission ausreichend berücksichtigt und von dem Segen derselben gebe die Thatsache Zeugniß, daß die evangelische Missionsschule am Nyassa-See von 300 Negerkindern besucht werde. Es sei unzulässig, daß der Reichskommissar ohne ausreichende Information derartige Urtheile ausspreche. Sein Antrag könne verhindern, daß da, wo Missionen einer Confession bereits bestehen, Missionen anderer Confessionen Konkurrenz machen. — Bundeskommissar Geh. Rath Kayser konstatirt, daß nicht nur katholische, sondern auch große evangelische Missions-Gesellschaften eine Abgrenzung der Missions-Wirksamkeit, wie sie Stöcker beantrage, nicht wünschten. Unter diesen Umständen sei es für die Kolonialverwaltung doch kaum möglich, ihrerseits eine Abgrenzung der Missionssphären vorzunehmen. Die Thätigkeit der Missionen werde von der Regierung nicht unterschätzt. Ohne diese Thätigkeit müßten wir unsere ganze Kolonialpolitik aufgeben. — Abg. Dr. Windthorst: Die Erörterungen Stöcker's hinsichtlich der Auslassungen Wißmann's seien hier nicht am Platze, da die letzteren nicht offizieller Natur seien und da jetzt die Möglichkeit fehle, Wißmann selbst zu hören. Er wolle deshalb auch nicht den Antheil berühren, den Wißmann's Auslassungen über die Missionen etwa auf die Strömungen gegen ihn gehabt haben mögen. Betreffs der Missionen verlange er weiter nichts als volle Freiheit für alle Theile. Nur auf dem Wege der Freiheit könnten die großen schwebenden Fragen überhaupt gelöst werden. Stöcker zieht seinen Antrag zurück. Die Erörterung seines Antrages gehöre allerdings bei der offiziellen Stellung und Bedeutung des Reichskommissars hierher. Von Strömungen gegen Wißmann wisse er für seinen Theil nichts. Es folgt Berathung des Antrages Stöcker und Genossen auf Beschränkung des Handels mit Spirituosen in den deutschen Schutzgebieten. Stöcker verweist darauf, daß dieser Antrag bereits früher vom Reichstag angenommen worden sei. Es wäre zu erwarten gewesen, daß daraufhin eine Erhebung über den deutschen Antheil am Branntweinhandel in Afrika stattgefunden hätte. Vielleicht hätte deren Ergebniß bestehende Vorurtheile beseitigt. Was nach den vorliegenden Berichten geschähe, gereiche dem deutschen Namen nicht zur Ehre und der deutsche Branntwein-Import in Afrika errege in der ganzen Welt Aergerniß. — Bundeskommissar Geh. Rath Kayser tritt der Annahme entgegen, daß auf den Antrag des Reichstags hin nichts geschehen sei. Er erinnert an die Ergebnisse der Brüsseler Konferenz, an denen Deutschland hervorragenden Antheil gehabt. Der Branntwein-Import sei in den deutschen Schutzgebieten erschwert und die Regierung werde bemüht sein, auch weiterhin dem Branntweinkonsum in den Schutzgebieten entgegenzutreten. In den von Stöcker erwähnten Berichten befänden sich übrigens mannichfache Uebertreibungen. — Abg. Stöcker: Für Westafrika sei die Frage eine brennende. Er bitte jedenfalls die Regierung, diese nicht außer Augen zu lassen. Auf Antrag Windthorst's wird angesichts der Erklärungen des Regierungskommissars über den Antrag Stöcker zur Tagesordnung übergegangen. Gegen die Tagesordnung stimmen Konservative und Sozialdemokraten. Morgen 2. Berathung der Novelle zur Gewerbeordnung (Arbeiterschutzgesetz).

Berlin. Die Versuche, eine Verständigung in der Zuckersteuerfrage auf der Basis von 18 Mk. Konsumsteuer und 1,25 Mk. Exportprämie auf die Dauer von 8 Jahren zu erzielen, sind bisher erfolglos geblieben. — Das preußische Abgeordnetenhaus trat heute in die zweite Berathung des Einkommensteuergesetzes ein. Längere Debatten veranlaßten die Heranziehung der Aktiengesellschaften; zu einem Beschlusse kam es noch nicht. — Weitere Mittheilungen über das Koch'sche Heilverfahren aus Königsberg in Preußen und Frankfurt a. M. bringt die morgige Nummer der deutschen Medizinischen Wochenschrift. — Die Uebersicht der Geschäfte des Reichsgerichts liegt für 1890 vor. In diesem Jahre waren 1844 Civilsachen und 37 Patentsachen anhängig. In Strafsachen kamen zur Revision 4105 Sachen. Von den Strafsachen, in denen das Reichsgericht in erster und letzter Instanz zuständig ist, waren 6 anhängig. Die Reichsanwaltschaft hatte zu bearbeiten 15 Hoch- und Landesverrathssachen, 3813 Revisionen in Strafsachen, 27 ehrengerichtliche Strafsachen gegen Rechtsanwälte in der Berufungsinstanz.

Pest. Auf dem Gute Szandau wurden über 20 Bauern von Wölfen zerrissen.

Dublin. Mac Carthy erhielt von Parnell eine briefliche Mittheilung des Inhaltes, daß Letzterer gegenwärtig jede Hoffnung auf einen Ausgleich zwischen den beiden Gruppen der nationalistischen Partei aufgegeben habe.

Petersburg. Es ist nunmehr definitiv entschieden, daß der Bau der sibirischen Eisenbahn im Frühjahr beginnen soll. Er soll 1894 ganz fertig sein. Die Kosten werden auf 45 Mill. Rubel bemessen.

Die Berliner Börse verlief in fester Tendenz, doch war das Geschäft im Allgemeinen ruhig. Gegen Schluß schwächte sich die Haltung in Kohlenaktien und östlichen Bahnen, sowie für Schweizer Centralbahnaktien ab, während Banken, sonstige Bahnen und fremde Renten besser behauptet waren. Eisenwerthe waren Anfangs auf die neuesten Eisenbahnvorlagen und die Nachrichten vom Abschluß des Kartells zwischen den schlesischen und österreichischen Eisenwerken ziemlich rege gefragt. Im Kassaverkehr Banken ruhig, Eisenbahnen besser, Bergwerke abgeschwächt, Industrieen vorwiegend fest. Hartmann 1¼ Prozent besser, deutsche Fonds mehrfach schwächer, österreichische Prioritäten unverändert. Privat-Diskont 2½ Prozent. Nachbörse fest. — Wetter: trübe, Frost, Südwest-Wind.

Frankfurt a. M. (Abends.) Credit 273.40. Staatsb. 218,50. Lomb. 116,75. Galizier —,—. Egypter 98,50. ungar. 4% Golde. 93,30. Disconto 213,25. Dresdn. Bk 156,40 Laura —,—. Gelsenkirchen —,—. Ruhig.

Wien (Abends.) Credit 307,40. Staatsbahn 244,75. Lombarden 132,00. Nordwest 218,75. Marknoten 56 125. Ung. Credit 344,75. Fest.

Paris. Schluß. Rente 95,65. Anleihe 105,90. Italiener 93,55. Staatsbahn 548,75. Lombarden 309,00. do. Prioritäten —. Spanier 76½. Egypter 496,25. Ottomanen 621,75. Suezaktie —,—. Ruhig.

Paris. Produkten (Schluß.) Weizen per Februar 26,50, per Mai-August 27,10, fest. Spiritus per Februar 39,00, per September-December 39,50, fest. Rüböl per Februar 65,00, per Mai-August 67,50 fest.

Amsterdam. Produkten (Schluß). Weizen per März 222, per Mai —. Roggen per März 159, per Mai 152.

London (Produkten-Bericht). Weizen und Mehl ruhig, unverändert, guter fremder Weizen gefragt und fest. Alter Mais stramm, neue Ernte ruhig. Gerste und Hafer fest, russischer Hafer anziehend. — Wetter: Heiter.

Der Hamburger Postdampfer „Russia", Kapitän Reuter, ist am 11. d. M. in New-York eingetroffen.

Oertliches und Sächsisches.

— Ihre Maj. die **Königin** hat gestern Abend 7 Uhr 22 Minuten die bereits erwähnte Reise nach Baden-Baden mittelst fahrplanmäßigen Schnellzuges vom Leipziger Bahnhof aus angetreten. In ihrer Begleitung befanden sich Gräfin Einsiedel und Kammerherr v. Minckwitz.

— Den Kammerherrendienst bei Sr. Majestät dem König hat vom 1. bis mit 14. Februar der Kammerherr **v. Wuthenau** übernommen.

— Ihre Majestät die **Königin** beehrte gestern das Magazin des Hoflieferanten J. Olivier mit ihrem Besuche und machte daselbst namhafte Einkäufe.

— Der Schneidermeister Anton **Schneider in Dresden** erhielt das Prädikat „Königlicher Hofschneider".

— Pianofortefabrikgehilfe **Heyl** in Borna **erhielt das Allgemeine Ehrenzeichen.**

— Ueber die Reichstagsverhandlung am Montag schreibt mit der Ueberschrift „Die sächsische Debatte im Reichstag" die „Magd. Ztg.": An gewisse Aeußerungen des sächsischen Konservativen Dr. Mehnert über Sozialdemokratie und Fahnen-Eid hat sich heute im Reichstag gewissermaßen eine spezifisch sächsische Debatte angeknüpft, und zwar mit Bezug auf die dortige Uebergangszeit von 1866—1870; außer dem freisinnigen Dr. Barth und Herrn Bebel vertraten sämmtliche Redner sächsische Wahlkreise. Herr Bebel aber hat das früher gethan und ist übrigens zur Zeit noch Mitglied des sächsischen Landtags, wohin ihm für gewisse Erörterungen der diesem gleichfalls angehörende konservative Abgeordnete Ackermann ein Stelldichein gab. Daß die Sozialdemokraten Auer und Bebel zwischen Deutschland-Preußen und das damalige Sachsen möglichst viele peinliche Erinnerungen zu werfen sich bemühten, versteht sich von selbst; Herrn Bebel aber, der im Unterschiede von Herrn Auer jene Zeit in Sachsen selbst mitgemacht hat, ließ hier sein Gedächtniß einige Male im Stich. Wenn ihn nach dem Schluß des konstituirenden norddeutschen Reichstages der damalige Abgeordnete Frhr. v. Friesen in seiner Leipziger Werkstatt aufgesucht hat, um ihm zu seiner Reichstags-Rede gegen die norddeutsche Bundesverfassung zu gratuliren, so ist das noch

Pfund's sterilisirte (keimfreie) **Kindermilch.** Trocken-fütterung.
Dresdner Molkerei Gebr. Pfund, Bautznerstr. 41/42.

SLUB
Wir führen Wissen.